

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 39, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906. — Die Stadtverwaltung Landsberg a. S. und das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter. — Endlich eine arbeiterfreundliche Maßnahme in Breslau. — Wie man in Mainz Sozialpolitik treibt. — Königsberger Brief. — Magdeburger Brief. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Anzeigen.

## Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1906.

Während die organisierte Arbeiterschaft in dem von Jahr zu Jahr sich intensiver gestaltenden Kampfe mit dem Unternehmertum Millionenopfer zu bringen genötigt ist; während die Massenstaatspolizei im Dienste des Unternehmertums mit Kleinlichen Schikanen dem Wirken der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter versucht Einhalt zu tun, und die Mäure an der Koalitionsfreiheit im Schweiße ihres Angesichts sich abmühen, die Fundamente der gewerkschaftlichen Organisationen zu untergraben, vollzieht sich ganz geräuschlos und unbeirrt von dem allgemein inszenierten Streiftreiben gegen die Gewerkschaften die Entwicklung der deutschen Arbeitersekretariate. Für diese fast ausschließlich von der organisierten Arbeiterschaft errichteten und unterhaltenen Institutionen wächst in der erfreulichsten Weise nicht nur das Interesse des Industrie- und Gewerbetreibenden, sondern sie finden auch bereits volle Sympathie bis in bürgerliche Kreise hinein. Das gemeinnützige Wirken der Arbeitersekretariate ist so oft und bei den verschiedensten Gelegenheiten von Gewerbeaufsichtsbeamten, Gewerbeberatern, Behörden und Sozialpolitikern in aufrichtig lobender Weise erwähnt worden, daß wir mit Verechtigung von allgemeiner Wertschätzung der Arbeitersekretariate in diesen Kreisen sprechen können. Auch in den kommunalen und staatlichen Verwaltungsförperschaften ist das Wirken der Arbeitersekretariate wiederholt Gegenstand der Erörterung gewesen, indem die Vertreter der Ämter in den genannten Körperschaften auf die Gemeinnützigkeit dieser Institute hinweisen und die Notwendigkeit staatlicher und kommunaler Subvention derselben nachzuweisen suchten. Bei aller Anerkennung ihrer Tätigkeit haben aber die Sekretariate bisher in nur verschwindend geringem Maße Unterstützung seitens der Kommunen resp. eines Staates gefunden. Solange eben die Arbeiterschaft ihre mit eigenen Mitteln unterhaltenen Institutionen dem Gemeinwohl dienstbar macht, wird dieser Gemeinwohl auch von unserem fahlen Vürgertum lobend anerkannt; wird aber von den Arbeitern verlangt, daß die Mittel zur Unterhaltung solcher, dem Gemeinwohl dienenden Institute auch von der Allgemeinheit getragen werden sollen, dann verwandelt sich die noch kurz vorher mit süßen Worten der Anerkennung gepriesenen Einrichtungen in den Augen bürgerlicher Volksvertreter in sozialdemokratische Unternehmungen, die im Interesse der Staatserhaltung natürlich nicht unterstützt und gefördert werden dürfen.

So wird dann auch in Zukunft die Erhaltung der Sekretariate Aufgabe der Organisationen der Arbeiter sein. Ein Bedürfnis für solche Institute ist natürlich in allen Orten vorhanden, in denen ein etwas reges gewerkschaftliches und politisches Leben pulsiert, aber die Mittel zur Unterhaltung derselben sind trotz aller Weisheit und Opferwilligkeit der organisierten Arbeiterschaft nur da anzubringen, wo die Organisationen bereits eine gewisse Stärke erreicht haben.

An 70 Sekretariaten sind die Gewerkschaftskarteile finanziell beteiligt. Für 30 derselben werden besondere Beiträge nicht erhoben, sondern es werden die Ausgaben aus der Masse des Kartellbezugs. 10 Kartelle erheben besondere Sekretariatsbeiträge. Der Jahresbeitrag beträgt in

Sekretariate	11	6	7	1	9	1	1	3	1
Wenigere . . .	120,	104,	80,	70,	60,	52,	42,	40,	28

Zur Unterhaltung trugen außerdem bei in 29 Orten die Parteioorganisation, in 13 Orten die Redaktion des Parteiorgans oder sonstige Arbeiterunternehmungen. Die Sekretariate in Rottow und St. Johann werden ausschließlich von der General-Kommission unterhalten. Das Sekretariat in Vant erhält Zuschuß von drei Kommunen, das Sekretariat Coburg ist keine gewerkschaftliche Einrichtung, sondern wird gemeinsam von Stadt und Staat Coburg unterhalten. Einem Staatszuschuß erhält auch das Sekretariat Gotha, und zwar jährlich im Betrage von 2000 Mk.

Die Gesamtzahl der Auskunftsfindenden im Jahre 1906 betrug 365 132, davon 293 094 männliche und 52 206 weibliche Arbeitnehmer oder deren Angehörige, 15 341 selbständige Gewerbetreibende und sonstige Personen und 2267 Behörden, Vereine und Korporationen. Das Elberfelder Sekretariat hat 2224 Auskunftsfindende angegeben, jedoch ohne nähere Angabe bezüglich Stand und Geschlecht. Von den auskunftsfindenden Personen waren 228 105, gleich 63 Proz., gewerkschaftlich organisiert. Die Zugehörigkeit zu den politischen Organisationen wird nicht in allen Sekretariaten registriert. Angaben darüber liegen von 59 Sekretariaten vor, und es beträgt die Gesamtzahl der politisch organisierten Auskunftsfindenden dieser Sekretariate 15 207. Gewerkschaftlich und politisch organisiert waren nach den Angaben von 57 Sekretariaten 39 516 Auskunftsfindende.

In 382 261 Fällen wurde Auskunft erteilt und davon 40 026 Fälle jährlich erledigt. Die Gesamtzahl der Besuche und schriftlichen Auskunftsgehe betrug in 82 Sekretariaten 397 250.

Insgesamt wurden im Jahre 1906 in den Sekretariaten 91 969 Schriftsätze angefertigt, von denen 25 238 die Unfallversicherung, 3150 die Krankenversicherung, 1806 das Snappschäfts- wesen, 3028 die Invalidenversicherung, 9104 den Arbeits- und Dienstvertrag und 650 die Gewerbeaufsicht betrafen.

Die im Jahre 1906 erteilten Auskünfte betrafen Arbeiterversicherung in 111 920 Fällen, Arbeits- und Dienstvertrag in 60 497 Fällen, Bürgerliches Recht in 112 624 Fällen, Strafrecht in 30 067 Fällen, Arbeiterbewegung in 10 064 Fällen, Gemeinde- und Staatsbürgerrecht in 42 234 Fällen, Gewerbewesen und Privatversicherung in 5511 Fällen, Sonstiges in 6542 Fällen. Prozentual verteilen sich die Fälle der Auskunfterteilung folgendermaßen: Arbeiterversicherung 30,1 Proz., Bürgerliches Recht 29,1 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 15,8 Proz., Gemeinde- und Staatsbürgerrecht 11,0 Proz., Strafrecht 7,9 Proz., Arbeiterbewegung 2,6 Proz., Gewerbewesen und Privatversicherung 1,4 Proz. und Sonstiges 1,8 Proz. Das Gebiet der Arbeiterversicherung steht also wieder prozentual an erster Stelle, ihm folgt erst an zweiter Stelle das umfangreiche Gebiet des Bürgerlichen Rechts. Von dem gesamten Gebiet der Arbeiterversicherung ist es wiederum die Unfallversicherung, die die Arbeitersekretariate am meisten beschäftigt. Von den 111 920 Auskünften in bezug auf Arbeiterversicherung kommen auf die Unfallversicherung 70 183, Krankenversicherung 20 361, Snappschäfts- wesen 3170, Invalidenversicherung 20 906. Auf die Unfallversicherung entfallen also 61,1 Proz der Auskünfte in bezug auf Arbeiterversicherung.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind wohl hauptsächlich darin zu suchen, daß infolge des steigenden Einflusses der organisierten Arbeiterschaft auf die Verwaltung der Ortsrentenanstalten eine geordnete und humanere Handhabung des Krankenversicherungsgesetzes und der Massenrenten sich bemerkbar macht, und so immer weniger Anlaß zu Klagen gegeben wird, daß ferner auch durch die Aufklärung in den Gewerkschaften die Arbeiter mit den Bestimmungen der Versicherungsgesetze vertrauter werden und in die Lage kommen, ihre Rechte ohne Zuhilfenahme eines Arbeitersekretariats zu wahren. Was aber die gesteigerte Inanspruchnahme der Sekretariate mit Unfallfällen betrifft, so liegt die Sache hier gerade umgekehrt. Einestheils scheint das Prinzip der

Rentenquerschen immer krasser zutage zu treten, während die Arbeiter, das Unrecht immer mehr erkennend, mit Hilfe der Arbeitersekretariate ihre Rechte geltend zu machen suchten. Und gerade hierbei zeigt es sich, wie unentbehrlich die Arbeitersekretariate geworden sind und wie notwendig die Errichtung weiterer derartiger Institute ist.

Das Resultat der von den Sekretariaten vertretenen oder bearbeiteten Alagesachen wurde denselben in 8871 Fällen bekannt, von denen 4831 erfolgreich, 1203 teilweise erfolgreich und 2837 erfolglos waren. Von den mit vollem oder teilweisem Erfolge vertretenen 6034 Fällen betrafen die Unfallversicherung 2589, die Krankenversicherung und das Anapflichtwesen 532, die Invalidenversicherung 333, Arbeits- und Dienstvertrag 1097, Gewerbeaufsicht 147. Der größte Erfolg wurde also bei der Unfallversicherung erzielt, denn von sämtlichen mit Erfolg vertretenen Alagesachen bezogen sich 42,9 Proz. auf die Unfallversicherung. Kranken- und Invalidenversicherung und Anapflichtwesen sind zusammen mit nur 11,3 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag und Gewerbeaufsicht zusammen mit nur 20,6 Proz. beteiligt.

Ueber die von den Gewerkschaftsstellen unterhaltenen Auskunftsstellen lagen für das Jahr 1905 aus 111 Orten Angaben vor. Von 91 dieser Auskunftsstellen wurden insgesamt 20 572 Auskünfte erteilt. 1906 berichteten 116 Gewerkschaftsstellen über die Tätigkeit ihrer Auskunftsstellen, von denen 102 insgesamt 22 167 Auskünfte erteilten. Der Nachweis der Tätigkeit unserer Auskunftsstellen ist eine beachtenswerte Ergänzung der Statistik über die Tätigkeit der Arbeitersekretariate.

Für das Jahr 1905 konnten wir über 178 Orte mit von Arbeitern errichteten Instituten berichten, in denen insgesamt 315 946 Auskünfte erteilt wurden. 1906 zählten wir bereits 199 solcher Orte und 404 425 Auskünfte.

Es erübrigt sich vollkommen, noch besondere Betrachtungen über den Wert der Arbeitersekretariate anzustellen. Diese haben ihre Unentbehrlichkeit längst selbst nachgewiesen. Als im Jahre 1894 die Rührberger Gewerkschaften das dortige Arbeitersekretariat errichteten, ahnten sie sicher nicht, welchen Dienst sie der gesamten deutschen Arbeiterschaft damit erwiesen, indem sie ein Institut ins Leben riefen, dessen Wirken so ungeteilte Anerkennung fand, daß das Verlangen nach gleichen Einrichtungen binnen so kurzer Zeit allgemein geworden ist. Bereits sind im Laufe dieses Jahres wieder einige Sekretariate errichtet worden, und zwar in Orten und unter Verhältnissen, die für den Fortbestand derselben bürgen. Die Errichtung weiterer Sekretariate ist in verschiedenen Orten noch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, so daß wir im nächsten Jahre über den Bestand von etwa 100 Sekretariaten werden berichten können. Jede Eröffnung eines neuen, lebensfähigen Arbeitersekretariats bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt der deutschen Arbeiterbewegung, deshalb müssen die darauf gerichteten Bestrebungen nach Möglichkeit zu fördern gesucht werden.

Die Frage eines mehr einheitlichen systematischen Vorgehens auf diesem Gebiete erscheint uns aber auch einmal einer Erörterung wert. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß im Laufe der letzten Jahre die Gewerkschaftsstellen verschiedener Orte in der Hoffnung, die Gewerkschaftsbewegung am Orte mit Hilfe eines Arbeitersekretariats auf ein höheres Niveau zu bringen, solche Institute errichteten, die nach kurzer Zeit, nachdem sie den Genossen am Orte mehr geschadet als genutzt hatten, wieder eingehen mußten, weil ihre Vorbedingungen für die Erhaltung derselben nicht gegeben waren und deshalb von keiner Seite Unterstützung gewährt wurde; wenn wir demgegenüber sehen, wie in den entwicklungsfähigen Orten unsere Genossen die verbergeweistesten Anstrengungen machen müssen, um sich feste Stützpunkte für die Agitation zu erkämpfen, so erscheint uns der Zeitpunkt gekommen, wo auch hier regelnd eingegriffen werden könnte.

Auf Staatshilfe brauchen wir bei der Errichtung von Arbeitersekretariaten nicht zu rechnen, denn wir gründen Arbeitersekretariate nicht um ihrer selbst willen, sondern im Interesse der Arbeiterbewegung. Am Gefüge der Gesamtorganisation, als Teile des Ganzen sollen sie frei schalten und walten können, unabhängig von staatlicher Bevormundung. Von Arbeitern geschaffen und unterhalten, sollen sie im Sinne moderner Arbeiterbewegung dem arbeitenden Volke dienstbar sein.

## Die Stadtverwaltung Landsberg a. W. und das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter.

Mit dieser Frage beschäftigte sich eine am 7. Juli tagende gut besuchte öffentliche Versammlung. Eingeladen waren dazu der Herr Oberbürgermeister Ander, der Dezernent des Gaswerks Herr Burgah sowie sämtliche Stadtverordnete. Herr Oberbürgermeister Ander ging zufällig an diesem Tage in die Ferien, desgleichen fehlte Herr Burgah und von den Stadtverordneten war nur Herr Rahnke erschienen. Von der Direktion des Gaswerks war der Assistent anwesend. Der Referent Kollege Strunk, Berlin bedauerte lebhaft, daß im Stadiparlament kein Vertreter der Arbeiterschaft sei. Wäre dies der Fall, so wäre es einfach unmöglich gewesen, daß die Darstellungen bezüglich der

Entlassung der drei Gasarbeiter un widersprochen geblieben wären. Der Ausgang dieser Angelegenheit wäre dann wohl ein ganz anderer gewesen. Andere Mittel, um diesen Vorfall der gesamten Einwohnerschaft Landsbergs zu unterbreiten, stehen uns aus diesem Grunde nicht zur Verfügung. Vor allem müssen wir uns gegen die Unrichtigkeiten wenden, die in der am 15. Juni stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung bei der Besprechung dieser Angelegenheit seitens des Herrn Oberbürgermeisters und des Dezernenten des Gaswerks ins Feld geführt wurden. Selbst der Stadtverordnete Dr. med. Caro, dem sonst doch ein gewisses soziales Verständnis nicht abzusprechen ist, hat sich durch die schiefen Darstellungen beeinflussen lassen. Die Behauptungen des Oberbürgermeisters und des Dezernenten bezüglich der „wüsten Wühlerei“ und der unter die Arbeiter des Gaswerks hineingetragenen „Rebellen“ sind gebärgige Uebertreibungen. Von einer wüsten Agitation kann überhaupt keine Rede sein, da es den Arbeitern dabei an der Zeit fehlt. Am Sonntag, den 26. Mai, hat die fragliche Versammlung stattgefunden und am Donnerstag, den 30. Mai, sind die drei Arbeiter entlassen worden. Bemerkenswert ist es ferner, daß einer der Beteiligten schon seit 9 Jahren in städtischen Diensten stehe und die beiden anderen schon zu wiederholten Malen Arbeit bei der Stadt genommen haben. Dadurch ist ohne weiteres ihre Zuverlässigkeit bewiesen. Ueberhaupt sind schon die gezahlten Löhne in Verbindung mit der erst kürzlich erfolgten Lohnerhöhung charakteristisch für die Stadtverwaltung Landsberg. Bei weitem kann man hier nicht von Meisterbetrieben sprechen. Sind doch die Lohnaufbesserungen von 1 bis 2 Pf. pro Stunde völlig unzureichend. Die gezahlten Löhne sind nicht zeitgemäß. Es kann unmöglich damit eine geregeltere Lebenshaltung geführt werden. Stadtrat Burgah hat selbst zugegeben, daß die Löhne nicht so hoch sind wie im Privatbetriebe, da ja auch die Arbeiter dafür „dauernd“ beschäftigt werden. Die Entlassung beweist aber so recht frag die „dauernde“ Beschäftigung bei der Stadt. Auch die Arbeitszeit ist eine viel zu lange. Die Arbeiter des Gaswerks müssen täglich 12 Stunden bei einer Hitze von 40–60 Grad vor den Rektoren stehen. Bis zum 25. Mai hat für die Gasarbeiter sogar die unmenseliche 24stündige Wächtschicht bestanden. An diesem Tage ist sie auf 18 Stunden herabgesetzt. Auch diese ist viel zu lange. Redner schilderte dann eingehend die Entlassung. Völlig unrichtig ist es, wenn behauptet wird, daß die fraglichen Arbeiter seitens des Direktors Köhne und des Gasmeisters verwarnt oder verurteilt worden sind. Wenn dies von einigen Herren behauptet wird, so ist dies durchaus unzutreffend. Die von den Arbeitern erhobene Unkenntnis der gesetzlichen Bestimmungen seitens des Gasdirektors beweist doch, daß erst bei der Polizei angefragt wurde, ob den fordernden Arbeitern das Zeugnis auch auf ihre Führung und Leistung ausgedehnt werden müsse. Nach eigener Angabe des Direktors ist aber die Führung und Leistung einwandfrei gewesen. Sie erhielten sogar die Abzugsfrist ausbezahlt; so geht man also mit dem Gelde der Steuerzahler um. Man gab es in diesem Falle ohne Gegenleistung aus, nur um die einmal ausgesprochene Mündigkeit aufrechterhalten zu können. Der „Landsberger Generalanzeiger“ hat zwar bei dem Abdruck eines Artikels die Bemerkung daran geknüpft, daß auf eine Anfrage hin der Direktor erklärt habe, die Entlassung sei nicht wegen der Zugehörigkeit zur Organisation, sondern wegen der unehelichen Wühlerei erfolgt. Nun steht aber dem gegenüber, daß der Direktor einige Arbeiter gefragt hat nach ihrer Zugehörigkeit zu unserem Verbands. Diese erklärten, daß sie in anderen Verbänden organisiert seien. Dagegen hatte der Direktor nichts einzuwenden. Ferner hat er aber auch einen Arbeiter, der im Metallarbeiterverbande organisiert ist, eine Lohnerhöhung versprochen, wenn er aus dem Verbands austrete. Nachdem letzteres geschehen, hat dieser „Edele“ auch eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde erhalten. Aber auch die Forderungen des Herrn Oberbürgermeisters dürfen nicht so un widersprochen hingenommen werden. In der feinerzeit nachgekauften Audienz hat er erklärt, daß die Entlassung lediglich aus dem Grunde geschehen sei, daß sich die Arbeiter dem Gemeindefacharbeiterverbande angeschlossen hätten. Das war am 31. Mai. In der am 15. Juni stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung hat er aber versichert, die Sache ganz anders darzustellen. Aus seinen Ausführungen geht aber doch unmissverständlich eher das Gegenteil hervor. Niemand hat von Streit gesprochen.

Andere Städte haben ihre Aufgaben schon längst erkannt und zweckentsprechende Fürsorgeeinrichtungen getroffen. Leider ist in Landsberg noch nichts davon zu spüren. Seit bald zwei Jahren beschäftigt man sich auch mit dieser Frage. Der Redner empfiehlt, falls die Stadtverwaltung aus den Erwägungen nicht herauskame, daß sie sich doch ruhig an den Verband der Gemeinde und Staatsarbeiter wenden möge, wie es auch schon andere Stadtverwaltungen getan hätten. Derselbe sei gern bereit, der Stadtverwaltung Landsberg ein Musterstatut auszuarbeiten. Man könne sich drehen und wenden, es scheie unüberwindlich fest, daß hier das Koalitionsrecht der Arbeiter angelastet worden ist. Es sei aber zu erwarten, daß sich der Magistrat nochmals mit dieser Sache befaßt und versucht, das den Arbeitern geschehene Unrecht wieder gutzumachen.

An der darauf folgenden Diskussion kamen noch einzelne interessante Sachen zum Vorschein.



Genosse Kahser konnte den Gasarbeitern den Vorwurf nicht ersparen, daß sie selbst auch einen Teil Schuld an der Entlassung ihrer Kollegen hätten. Sie hätten sich eben auch wie alle anderen Arbeiter um die Organisation kümmern müssen. Er wies aber noch darauf hin, daß auch bei der Stadtverwaltung mit zweierlei Maß gemessen wird. Einige Polizeibeamte, die doch auch im Dienste der Stadt stehen, haben sich wirklich Verletzungen zu schulden kommen lassen. Diese wären aber nicht entlassen. Nur die Arbeiter, die von ihrem gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch machen, werfe man aufs Straßenpflaster. Dies sei zu verurteilen. Die Arbeiter müssen sich eben zusammenschließen, um gegen derartige Willkürakte Front zu machen.

Genosse Bee wies noch auf die hohen Ueberlöhne des Gaswerks hin. Auch er war der Meinung, daß die den Arbeitern angetane Behandlung zu verurteilen sei. Auch die Lohnverhältnisse können bei den hohen Ueberlöhnen wesentlich andere sein, wie es hier der Fall sei. Es ist Aufgabe der Arbeiterkraft, bei der diesjährigen Wahl darauf hinzuwirken, daß auch unsere Vertreter in den Rat der Weisen einziehe, damit mit den bestehenden mißlichen Verhältnissen aufgeräumt werden kann. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung nimmt Kenntnis von dem Vorgange der Dinge bei der Entlassung der drei städtischen Gasarbeiter; sie erblickt darin eine Maßregelung der drei ihr Koalitionsrecht Ausübenden und erhebt deshalb Protest gegen diese Maßnahme der Stadtverwaltung. Die organisierten Arbeiter aller Verufe in Landsberg erwarten, daß der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium erneut zu dieser Frage Stellung nehmen und die Einstellung der drei fraglichen Arbeiter in die Wege leiten. Sie erwarten ferner vom Magistrat und Stadtverordnetenkollegium, daß sie den Gemeindearbeitern in der Ausübung der ihnen gesetzlich garantierten staatsbürgerlichen Rechte in Zukunft keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Die Versammelten vertreten den Standpunkt, daß auch die Stadtgemeinde Landsberg als Arbeitgeberin nach dem Muster anderer Städte für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen hat und für ihre Arbeiter soziale Fürsorgeeinrichtungen schafft. Die Anwesenden erachten es als ihre Ehrenpflicht, die städtischen Arbeiter bei jeder Gelegenheit auf ihr Staatsbürgerrecht und die zuständige Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, hinzuweisen und sie zum Anschluß an denselben aufzufordern. Die Versammlung beauftragt das Bureau, dem Magistrat und dem Stadtverordnetenkollegium diese Resolution zu unterbreiten.“

Es ist zu erwarten, daß aus diesem Vorgehen der Magistrat sich aufs neue mit dieser Angelegenheit befaßt und sich in Zukunft einer loyalen Handlungsweise seinen Arbeitern gegenüber verpflichtet. Auch die Landsberger Stadtverwaltung wird einsehen müssen, daß es nicht mehr angebracht ist, die städtischen Arbeiter wie unmündige Kinder zu behandeln. Aus diesen Vorfällen werden aber auch unsere Kollegen die Lehre ziehen müssen, daß es nun ihre Pflicht und Schuldigkeit ist, sich mehr wie bisher um ihre eigenen Interessen und um ihre zuständige Organisation zu kümmern. Nur durch gemeinsamen Zusammenhalt wird es möglich sein, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. P. Str.

## Endlich eine arbeiterfreundliche Maßnahme in Breslau

die bei den städtischen Arbeitern aller Verwaltungsbezirke freundliche Anerkennung finden wird, hat der Magistratsausschuß für Arbeiterangelegenheiten noch kurz vor den Ferien angeordnet. Diefelbe wird in der letzten Nummer des Gemeindeblattes bekanntgegeben und betrifft die Bezahlung der Ueberstundenarbeit in den einzelnen städtischen Betrieben, für die folgende Bestimmungen festgesetzt sind:

- als Ueberstundenarbeit soll jede Beschäftigung gelten, die außerhalb der als regelmäßige Norm durch den Arbeitsvertrag festgesetzten Arbeitszeit auf Verlangen geleistet und nach Monats-, Wochen-, Tage- oder Stundenlohn vergütet wird (Affordarbeit kommt hierfür selbstverständlich nicht in Frage);
- die Vergütung soll betragen:
  - 25 Proz. Erhöhung des regelmäßigen Lohnes für die ersten 4 Stunden über die Arbeitszeit,
  - 50 Proz. Erhöhung für die weiteren Stunden und für Ueberstunden an Sonntagen und Feiertagen;
- jede angefangene Ueberstunde wird voll gerechnet;
- auf vorübergehend angenommene Hilfsarbeiter findet obiger Beschluß keine Anwendung, da für sie stets eine besondere Lohnvereinbarung besteht;
- Verwaltungen, welche zurzeit schon höhere Vergütungen gewähren, als die heute beschlossene, sollen nicht gezwungen sein, diese Vergütung für ihre Arbeiter herabzusetzen.

Die Herren Betriebsleiter werden angewiesen, hiernach zu verfahren.

Mit dieser Verordnung, die, wie wir gern anerkennen, mit einem Schlage zahlreiche Uebelstände radikal auszuräumen geeignet ist, wird eine langjährige Forderung des Gemeindearbeiterverbandes erfüllt. Schon in den Petitionen vom Jahre 1901 spielt die Ueberstundenbezahlung eine Rolle, und Jahre hindurch wurde die Erfüllung dieses Wunsches als gänzlich undisputabel hingestellt. Die Feldschmiede, die am letzten Sonntag die Wache hatten, sind noch bis zum letzten Tage ohne Ueberstundenzuschlag geblieben, und auch die in diesen Puddeltagen oder vielmehr Nächten besonders angestregten Arbeiter der Kanalisation und Tiefbauten haben noch kürzlich in einer Versammlung Klage geführt, daß ihnen Nachtarbeit nicht höher bezahlt wird, als mit dem normalen Stundenlohn. Alle Unterlassungen sind aber gut gemacht dadurch, daß man die Säge für Ueberstunden sofort generell auf 25 Proz. bezw. 50 Proz. festgesetzt hat. In der Privatindustrie ist die Bezahlung der Ueberstunden längst durchgeführt, nur die Angestellten des Handelsgewerbes und der Hauswirtschaft haben eine solche noch nicht, sondern pflegen durch Weihnachtsgeschenke und ähnliche Gratifikationen entschädigt zu werden. Dagegen befindet sich der Magistratsausschuß im Irrtum, wenn er annimmt, daß in der Privatindustrie die Affordarbeiter durchweg den Ueberstundenzuschlag nicht erhalten. Wohl ist das in einer großen Zahl von Unternehmungen noch üblich, bei den höher qualifizierten Arbeitern aber, z. B. Buchdruckern und manchen Schichten der Metallarbeiter, erhält der Affordarbeiter so gut seinen Stundenzuschlag für die Ueberstunden wie der Lohnarbeiter. Ein nachahmenswerter Schritt ist es dagegen, daß nicht nur Stunden- und Tagelöhner, sondern auch Arbeiter mit Wochenlohn die Vergütung erhalten sollen.

Indem wir die Mitglieder der Arbeiterausschüsse auf die Verordnung des Magistrats aufmerksam machen, empfehlen wir ihnen, sofort eine Sitzung zu beantragen, in der sie mit ihren Betriebsleitern über die Angelegenheit Rücksprache nehmen, damit ihnen die Vergütung recht bald zukommt. Der betreffende Beschluß ist am 17. Juni gefaßt und am 27. Juni vom Magistrat bestätigt, gerade für die Rithilfe an solchen Lohnänderungen sind die Arbeiterausschüsse eingesetzt.

Eine zweite fortschrittliche Neuerung wird in der gleichen Nummer des „Gemeindeblattes“ publiziert. Derselbe Ausschuß für Arbeiterangelegenheiten hat beschlossen, daß künftig zur Entlassung städtischer Arbeiter, die über 5 Jahre lang ununterbrochen bei ein und derselben städtischen Verwaltung beschäftigt worden sind, — gleichgültig, ob mit oder ohne Kündigung — stets die Genehmigung des Magistratsdelegierten erforderlich ist. Bisher war diese Genehmigung erst nach zehnjähriger Arbeit notwendig. Indem wir es uns versagen, in diesem Augenblick an Entlassungen der vergangenen Jahre zu erinnern, bei denen diese Bestimmung wirkungslos geblieben war, sprechen wir die Hoffnung aus, daß auch diese Änderung geeignet sein möge, für die Zukunft einer besseren Verständigung zwischen städtischer Verwaltung und organisierten Gemeindearbeitern den Weg zu ebnen. Wir wünschen, öfters solche erfreuliche Nachrichten aus dem Bereich der Breslauer Kommune berichten zu können.

## Wie man in Mainz Sozialpolitik treibt,

haben bei Gelegenheit der diesjährigen Budgetberatung einige biesige Stadtväter bewiesen. Sie äußerten sich u. a. dahin, daß bei dem Einkommensamt mehr gespart werden könnte. Aber auch das „Mainzer Journal“ brachte einen Artikel, in dem wütend auf die Straßentherren geschimpft wurde, daß sie überall in den engen Gassen beisammen ständen und nicht arbeiteten. Und dieses Malt ist das Leiborgan der Stadtverordnetenmehrheit! Zwar hat das Malt auf seine Fahne geschrieben: „Für Wahrheit, Gleichheit und Recht!“, und das ganze Jahr wird in der Öffentlichkeit von Arbeiterfreundlichkeit geredet, als wenn die ultramontane Partei die Arbeiterfürsorge in Generalpacht genommen hätte. Nun hat aber ein Vertreter dieser Partei, der auch Mitglied der Meinungsdeputation ist, erklärt, daß man an den Arbeitern ganz um 6000 Mark sparen könnte und dabei auch die Sonntagsarbeit verringern möchte, aber nicht zugunsten der Arbeiter, sondern auf deren Kosten, denn es sollen jeden Sonntag eine Anzahl Leute frei haben, unter Wegfall ihres sonstigen Verdienstes. Also jeden dritten Sonntag ein Verlust von sechs Arbeitstagen, was ungefähr 17mal jährlich vorfalle und den Arbeitern 30 und mehr Mark Mindereinkommen brächte. Und dies bei den Straßentherren, die ohnehin die geringsten Löhne und mitunter die schärfste Arbeit haben!

Ähnlich verhält es sich bei der Latrinenaufzehr. Da ist bis jetzt — seit 1890 die Dampfputzpumpen eingeführt wurden — nichts gewesen, daß außer dem Maschinenisten und Deizer noch ein Hilfsarbeiter beschäftigt wurde. Nun soll auf Antrag der Bürgermeisterei, wie der Betriebsleiter, Herr Paternmann, erklärte, ein Mann entlassen werden. Es soll aber genau soviel geleistet werden wie früher, was absolut nicht ausführbar ist. Versteht, die schon bei Herrn Schube und Wegler, beide Betriebsleiter, vor Herrn B.

gemacht wurden, haben sich nicht rentiert. Diese Herren sahen denn auch den Schaden ein und änderten dies „Sparsystem“ wieder ab, was aber der jetzige Betriebsleiter mit seinem angeborenen preussischen Untertanenverstand nicht einsehen will. Er läßt auf Kommando von oben so weiter arbeiten. Es wird den Leuten einfach zugemutet, solange zu arbeiten wie seither, damit die Fuhrleute die nötige Anzahl Fuhrten leisten können. So müssen diese beiden Leute, Maschinist und Heizer, gezwungenermaßen Überstunden machen von ein bis zwei Stunden pro Tag, was eine künstliche Verlängerung der Arbeitszeit dieser Leute gegen ihren Willen ist. Ebenso muß der Maschinist, der bei dem ersten Betriebsleiter keine anderen Funktionen zu verrichten hatte als seine Maschine zu bedienen, jetzt noch, wenn er abends nach Hause kommt, die Arbeit des gesparten Hilfsarbeiters mit verrichten.

Weiter hat man ganz einfach befohlen, die Fuhrleute des Reinigungsamtes müßten den dritten Mann ersparen und alles mit arbeiten. Das ist alles recht schön angeordnet von Herrn Vattermann als Betriebsleiter, aber in der Praxis verhält es sich wesentlich anders, denn die Fuhrleute, die Latrinen abfahren, haben junge Pferde oder sind erst in den Dienst der Stadt getreten, da sagt ihnen der Verwalter, sie sollen nur bei ihren Pferden stehen bleiben, damit nichts passiert; da kann man sich einen Pagariff machen wie das zugeht. Für diese Arbeit, die die Fuhrleute jetzt an den Maschinen leisten sollen, bekommen sie noch nicht einmal eine blaue Heberzugshose geliefert. Sie müssen also ihre eigenen Hosen ruinieren, denn bei der Latrineneutleerung gibt es überall Schmutz und ekel-erregende Arbeit, die auch nicht jeder frisch eingestellte Fuhrmann verkraften kann. Wenn übrigens die Verhältnisse sojig wären bei der Stadt, dann bräunte das Reinigungsamt nicht immer in den Tagesblättern junge Fuhrleute bis zu 35 Jahren zu suchen! mit einem Anfangslohn von 2 Mk. wöchentlich, steigend in 25 Jahren bis 28 Mk., wenn er inzwischen nicht gestorben oder dem Strafreglement verfallen ist! Denn die steigende Zulage ist nicht, wie bei den Beamten fest geregelt, sondern diese jährliche oder vier- bis fünfjährige Zulage hängt von dem Wohlverhalten des Arbeiters ab, mit anderen Worten: das Ermessen des Herrn Vorhandes entscheidet. Man glaubt wahrscheinlich, durch dieses System liebe Kinder zu erziehen.

Das Schöne hat sich aber die Deputation für das Reinigungsamt gescheitert. Die Fuhrleute hatten eine Kommission gewählt und beim Herrn Oberbürgermeister Dr. Gätzelmann um eine Audienz nachgesucht zum Vorbringen ihrer Beschwerden. Sie wurden auch baldmöglichst empfangen und angehört und baten den Herrn Oberbürgermeister, für Besserung ihrer Verhältnisse zu sorgen. Die Beschwerde dieser Kommission wurde wahrscheinlich an die Deputation des Reinigungsamtes verwiesen. Diese hat dann einen Beschluß gefaßt, der der reine Hohn auf die Klagen und Leiden der Fuhrleute ist. Die Deputation hat anerkannt, daß die Fuhrleute 15 Stunden Dienst hätten mit Einschluß der Pausen. Nun sagt die Deputation, die Arbeitszeit wird jetzt eine halbe Stunde verkürzt, also 14½ Stunden, das ist gerade noch einmal so lang, als Herr Vattermann arbeiten will. Diese Arbeitszeit führt eine Stadt wie Mainz ein, die sich immer rühmt, sie stehe an der Spitze der Städte in Deutschland, wo für die Arbeiter am besten Sorge getragen wird. Oder weiß die obere Verwaltung vielleicht gar nichts von diesem famosen Deputationsbeschluß?

Wo aber die halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit herkommen soll, ist den Fuhrleuten ein Rätsel, denn früher haben sie von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends ihr mühevolleres Tagewerk vollbracht, jetzt, nach dem neuen Beschluß, müssen sie um 3½ Uhr morgens im Stall sein und abends 7¼ Uhr die Arbeitszeit beenden! Dazu kommt dann noch eine Viertelstunde, die der Arbeitsordnung gemäß nicht bezahlt wird. Dieser Beschluß ist der reine Hohn für die Fuhrleute, und wir möchten nur wissen, ob die Bürgermeisterei diesen Deputationsbeschluß zu Gesicht bekam und ihre Zustimmung dazu gab. Denn der Vertreter der Arbeiterpartei, der als Stadtrat in der Deputation sitzt, weiß nichts davon.

So wie hier mit den Fuhrleuten umgesprungen wird, verfährt Herr V. auch mit den älteren Arbeitern. Da hat er neulich einen Arbeiter, der 17 Jahre bei der Stadt als Handwerker beschäftigt ist, aber nicht den Lohn als Handwerker erhielt, sondern den als ungelernter Arbeiter, auf einmal auf den Schutzplatz gestellt, wo die Mehrbewerber abgelehnt werden, um diese Stellen auseinander zu werfen, wozu eine tüchtige junge Kraft gehört, die diese Arbeit auch gewohnt ist und die nötige körperliche Widerstandsfähigkeit besitzt. Dieser Arbeiter war gelernter Schuhmacher und wurde zur Reparatur der Schlände, die bei der Latrineneutleerung gebraucht wurden, beschäftigt. Wir glauben, der Mann ist 69 Jahre alt. Er hat gewohnt, wie er den Befehl von Herrn V. erhalten hat, und man kann sich die Erregung der übrigen Arbeiter vorstellen, als sie sahen, wie man in Mainz die Altersfürsorge einleitet von seiten preussisch gedienter Militäranwärter.

Nun wird ja von oben gesagt, es soll gespart werden. Wir sind auch derselben Meinung, aber nicht auf Kosten der Arbeiter! Wir haben früher in jedem Mehrbezirk vier bis fünf Arbeiter mehr beschäftigt als heute. Dabei ist seit dieser Zeit noch das ganze Trottoir in der Stadt und die neuen Straßen hinzuge-

kommen. Herr V. hat dafür 5000 Mk. mehr in seinem Verwaltungsbudget, und für diese 5000 Mk. soll f. Z. nur ein Arbeiter mehr eingestellt worden sein. So ist es eine Gepflogenheit des Herrn V., wenn ein Arbeiter in einem Bezirk stirbt oder es wird ein Arbeiter krank, so wird nur in den seltensten Fällen eine neue Kraft dafür eingestellt, und der Obmann kann sehen, wie er mit seinen Leuten fertig wird. Die Arbeiter müssen diese Arbeit einfach mit machen. Es wurde uns versichert, daß früher die Bezirke mit 16, 17 und 18 Mann besetzt waren, während jetzt nur noch 10, 11, 12 Mann und noch weniger beschäftigt werden, trotzdem der Verkehr hier viel größer geworden und infolgedessen auch mehr Abfall auf den Straßen ist. Zu selbiger Zeit hatten wir zwei Aufseher ohne Fahrräder, jetzt haben wir vier Aufseher, einen Obmann auf dem Verkehrsplatz, einen Verwalter für Pferde und den Wagenpark, alle mit Fahrrädern. Jetzt soll noch der siebente Aufseher angestellt werden. Also für dieselbe Anzahl Arbeiter jetzt sieben Aufseher oder Aufpasser gegen früher zwei, da könnte manches gespart werden!

Ebenso bestehen noch eine ganze Reihe von Missetänden, wo vielleicht gespart werden könnte, mehr wie an den Arbeitern. So hört man z. B. öfter allgemeine Klagen der Fuhrleute, daß das gelieferte Heu für die Pferde nicht ganz einwandfrei ist. Ebenso soll der Hafer, der für die städtischen Pferde geliefert wird, nicht immer ganz rein sein und auf dem Reinigungsamt mittels elektrischer Rührmaschine jede Woche nach Vierung durch zwei oder drei Mann gereinigt werden, wodurch bei jeder wöchentlichen Vierung ein paar Zentner verloren gehen. Wie dies verrechnet oder verwendet wird, wissen wir nicht. Es sollen auch mehrere Garnituren für die umzubauenden Gießflüßer irgendwo in den Magazinen liegen. Sie haben mehrere hundert Mark gekostet und können nicht mehr zur Verwendung. Wenn sich die einzelnen Herren Deputationsmitglieder mal genau informieren wollten, es würde sich vielleicht lohnen. Ebenso soll bei dem Haferputzen auf dem Speicher sich soviel Staub und Dreck entwickeln, daß es nicht zum Ausbilden ist. Doch dürfen keine Lufen auf dem Speicher geöffnet werden, weil, wie man sagt, die Gemüsegräben des Herrn Vorhandes und des Herrn Verwalters hinter den Ställen liegen, und das Gemüse würde arg verstaubt werden. Aber die Arbeiter können ihre Gesundheit dabei opfern. Offensichtlich wird das Gesagte genügen, um eine Besserung der Missetände stattfinden zu lassen, und die Arbeiter und hauptsächlich die Fuhrleute haben alle Ursache, irram zur Organisation zu halten und so allmählich eine Verbesserung unserer Arbeits- und Lohnverhältnisse herbeizuführen.

## Königsberger Brief.

Die soziale Gesinnung eines Unternehmers überträgt sich bekanntlich auch auf die ihm unterstellten Verwaltungsorgane. Die Beamten eines Unternehmers, der seinen Arbeitern wohlwollend gegenüber steht, werden sich auch entsprechend human den Arbeitern gegenüber zeigen. Umgekehrt müssen die Arbeiter von den Beamten eines reaktionären Unternehmers manche Demütigung umgesehen hinnehmen. Beschwerden sich die Arbeiter, so wird ihnen in den seltensten Fällen recht gegeben. Vielleicht nicht aus bösem Willen, aber die reaktionäre Gesinnung des Unternehmers läßt eben den Gedanken nicht aufkommen, daß der Beamte im Unrecht sein kann. Er hat doch mit seinen Maßnahmen der Gesinnung des Unternehmers Rechnung getragen und verdient deshalb seinen Titel, sondern einen „Erdn“. Kann man nicht alles gutheißen, was der Beamte getan hat, so hält man sich strikt an die Angaben des Beamten, die natürlich immer denen der Arbeiter diametral gegenüber stehen. Auf diese recht einfache Weise wird den Beamten in der Regel recht gegeben. Geht's einmal nicht nach Wunsch, so hilft man sich mit der so sehr bequemen Ausruf: „die Autorität des Beamten mußte gewahrt werden“ oder man hilft sich mit der Behauptung, „die Kritiken sind gemacht, um die Verwaltung oder die Beamten herabzusetzen“. Die letztere Behauptung hätten wir schon einmal aus dem Munde des Herrn Oberbürgermeisters A. ö. r. e. und zwar im Falle Meise. Der Herr Oberbürgermeister verriet aber nicht, wie die Arbeiter sich bei Hebergriffen der Beamten schütten sollen. Jedenfalls räumt die hiesige Stadtverwaltung ihren Beamten einen recht weiten Spielraum ein, nach Belieben mit den Arbeitern umspringen zu können. Die Folge davon ist ein Wirrwarr. Der eine Beamte bestimmt dies, der andere das, während gerade die Stadtverwaltung ihren Stolz darin erliden sollte, daß ihre Verfügungen einheitlich ausgelegt und gehandhabt werden.

Sommerurlaub wird z. B. nach Ansicht manchen Stadtvaters einheitlich gewährt, und doch ist dem nicht so. Während manche Betriebe den Sonntag, wenn er für den Arbeiter nicht als Arbeitstag in Frage kommt, auch nicht als Urlaubstag in Anrechnung bringen, verfahren andere Betriebe wieder gegenteilig. Die Gesamtstadt hat ausgetüßelt, daß der Sonntag als Urlaubstag mit in Anrechnung kommen muß, dafür aber keine Vergütung erfolgt, wenn der Arbeiter nicht nachweist, daß er im letzten Jahre zwei Drittel der Sonntage gearbeitet hat. Diesen Nachweis können nur wenige erbringen und somit ist ihnen der Urlaub um einen Tag gekürzt worden.



Nach außen hin prunkt man mit dem Acht- bzw. Neun-Stundentag in den Kraftwerken, für Nachtarbeit in der Zeit von abends 9 bis früh 6 Uhr zahlt man 40 Proz. Aufschlag usw. Der Pferdefuß kommt aber auch hier bald zum Vorschein. Jeder Arbeiter ist nämlich verpflichtet, auf Verlangen des Vorgesetzten zu seinen 9 Stunden noch eine 10. Stunde zu arbeiten, ohne dafür Bezahlung beanspruchen zu können. Bei Nachtarbeit fallen dann die 40 Proz. Aufschlag fort, wenn zwischen Nachtarbeit und der vorherigen Arbeitsschicht für die Arbeiter 8 Stunden Ruhe liegen.

Für Erdarbeiten verspricht man einen Zuschlag zum Lohn, wenn pro Tag und Mann 3 laufende Meter aufgedrungen und zugeworfen worden sind. Damit aber der versprochene Zuschlag auch nur ein Versprechen bleibt, werden die auf Anordnung der Vorgesetzten an falscher Stelle erfolgten Ausgrabungen und Aufschüttungen mit auf das Konto aller anderen Arbeiten gesetzt. So sind kürzlich auf den Pufen weit über 100 Meter unnütz aufgedrungen worden, in der Schlusenstraße 28 Meter. Das heißt an der Sache ist, daß die Arbeiter auf der letzten Stelle wußten, sie arbeiteten auf der falschen Seite, nur der Vorgesetzte wußte es nicht.

Der Differenzbetrag zwischen Lohn und Krankengeld wird vom Tiefbauamt 1. erst nach Gesundung des Patienten gezahlt. Im Schlacht- und Viehhof leistete man sich neulich das Vergnügen, zu behaupten, die Zahlung des Differenzbetrages müsse erst beim Magistrat beantragt werden.

Für die städtischen Betriebe hat der Magistrat Fonds geschaffen, aus denen auf Antrag der Arbeiterausschüsse in Not geratene Arbeiter unterstützt werden können. Beim Reinigungsamt besteht aber ein solcher Fonds nicht.

Fortgesetzt gehen uns Beschwerden der Arbeiter über ungehöriges Benehmen der Beamten zu. In dieser Hinsicht herrscht in den städtischen Betrieben die größte Willkür. Das Temmingantenweien wird geradezu gepflegt. Im Gaswerk scheint der Aufseher Behrend überhaupt tun und lassen zu können, was er will. Der Herr besitzt ein besonderes Anpöhlungsvermögen. Die Ansichten und Meinungen seiner Vorgesetzten sind eben auch die seinen. Dadurch steht er bei Herrn Klobbert in hohem Ansehen. Wenn Herr Behrend denunziert, bestraft Herr Klobbert ohne ihn erst gehört zu haben. Es ist vorzukommen, daß R. einen mißliebigen Arbeiter zur Verhaftung meldete und zu anderen Arbeitern sagte, wenn sie gefragt würden, sollten sie so und so ausfallen, d. h. etwas behaupten, was sie der Wahrheit gemäß nicht behaupten konnten.

Erwachsene Leute und Familienväter werden von Beamten mit Unachtung behandelt! Dies geschieht im Fuhrhof Hofgarten wie auch von einem Schachtmeister des Gaswerks. Wiederholte Kritiken in der „Königsb. Volksztg.“ haben nichts genützt. Der freisinnige Magistrat scheint hier der Meinung zu sein, daß die junkerlichen Kräfte auch dem Freisinn wohl antehen. Ein recht charakteristischer Fall ist noch vom Gaswerk zu berichten. Ein organisierter Arbeiter verläßt den Betrieb, um einen Flaschenbierhandel zu übernehmen. Die Arbeiter übertragen ihm die Lieferung für die Gasanstalt. Die Woche über muß er anschieben. Beim Bezahlen streitet ihm ein Arbeiter das Empfangene ab, und als der Lieferant damit selbstverständlich nicht zufrieden ist, verhaunt er ihn gründlich. Der Händler droht ihm darauf mit Klage. In dieser für den Schlichter unangenehmen Situation sucht er Schutz beim Herrn Direktor Klobbert, künftiger, der Händler treibe Politik im Werk, vermittele zwischen Gewerkschaft und Arbeitern usw. Eine Untersuchung nahm Herr Klobbert nicht vor, sie wäre ja auch nicht nach Wunsch ausgefallen, sondern er verbot kurzweg dem Händler die Bierlieferungen. Dadurch hatte der Arbeiter erzielt, einen kleinen Geschäftsmann um ein paar Flaschen Bier schädigen zu können.

Ein Ausschußmitglied beim Tiefbauamt erhält zu Unrecht einen Verweis. Auf eine Beschwerde des Betroffenen wird das Unrecht festgestellt, aber auch vom Bauamt Günter gesagt: „Schadet nichts, dann haben Sie den Verweis nicht nachträglich zu erwarten“. Eines Tages schwindelt ein Arbeiter seinem Vorgesetzten vor, daß ein anderer sich einen Schlüssel zur Stochuhr gemacht habe, darauf Anschauung und Strafverurteilung. Die erdichtete Angabe soll in diesem Falle ein gewisser Toltien gemacht haben (nicht zu verwechseln mit dem Steinhauser Toltien); Untersuchung war auch hier nicht nötig.

Wir könnten diese Mälenke noch wesentlich vervollständigen, glauben aber hiermit schon genügend gezeigt zu haben, daß die Beamten sich einfach alles erlauben dürfen. Dies könnte wesentlich anders sein, wenn die Stadverwaltung von ihrem reaktionären Standpunkte ablassen und die Arbeiter als gleichberechtigte Mitmenschen anerkennen würde. Vor allem müßte eine generelle Anweisung an die Beamten ergeben, daß sie Arbeiterausschüsse, als Vertretung der Arbeiter, einwandfrei behandeln, anstatt sie als Übel zu betrachten und ihnen möglichst Hindernisse in den Weg zu legen. So lange dies aber nicht geschieht, bleibt den Arbeitern kein anderer Weg, als sich an die Presse zu wenden. Den Arbeitern aber kann nicht dringend genug empfohlen werden, durch festen Zusammenschluß sich menschenwürdige Lohn- und Arbeitsbedingungen und Behandlung zu sichern.

## Magdeburger Brief.

Unsere Filiale machte im verflossenen halben Jahre einen erfreulichen Schritt nach vorwärts. Die Mitgliederzahl hat sich auf 400 gehoben und die Fluktuation hat ziemlich aufgehört. Durch unser geschlossenes Vorgehen wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert. Die Löhne stiegen um 10–50 Pf. pro Tag und die gesetzlichen Feiertage, die in die Woche fallen, werden jetzt bezahlt. Auch in der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir einen großen Fortschritt gemacht. Seit dem 5. Juni ist für die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke die 8stündige resp. für die Wintermonate die 8½stündige Arbeitszeit eingeführt, wobei aber 10 Stunden Lohn berechnet werden. Für die Arbeiter der übrigen städtischen Betriebe ist die verkürzte Arbeitszeit jedoch nicht geändert. Öffentlich folgen sie bald nach. Auf dem Wasserwerk wurde anstelle der 18stündigen Wechselsschicht (für die Betriebsleute) die 12stündige eingeführt.

Auch die Laternenwärter, die leider noch immer nicht als vollbeschäftigte städtische Arbeiter betrachtet werden, obwohl sie täglich bis 8 Stunden und länger im Dienste der Stadt beschäftigt sind, sollen in diesem Jahre den schon lange geforderten Urlaub von einer Woche erhalten. Jeden dritten Sonntag bekommen sie jetzt frei. Aber hier wie auch bei dem Urlaub, wird eine Vertretung nicht gestellt, sondern die Laternenwärter der angrenzenden Reviere müssen für den Verurteilten zünden und löschen. Infolgedessen müssen sie durch längere Arbeitszeit ihren Urlaub selbst wieder wett machen. Deshalb herrscht unter den Laternenwärtern eine große Mißstimmung, die aber nur beseitigt werden kann, wenn sie Mann für Mann dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter beitreten, um mit ihren Arbeitskollegen, die ihnen all diese Vergünstigungen errungen haben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiter zu verbessern.

Leider wurden einzelne Betriebe bei dieser Lohnregelung gänzlich übergangen. Die Arbeiter der Gartenverwaltung, die einen Tagelohn von 3,00 Mk. und darunter haben, erhielten keine Zulage. Der Magistrat stellte sogar fest, daß die Löhne, die jetzt gezahlt werden, durchaus angemessen sind und daß es sich infolgedessen erübrigt, eine erneute Regelung vorzunehmen. Auch hier können wir wieder feststellen, daß überall da, wo die Organisation stark, wo die Mehrzahl der Kollegen organisiert ist, die Löhne dementsprechend sind. Und das sollte ein Ansporn für alle diejenigen sein, die bis jetzt unserer Organisation noch nicht angehören. Sie müssen sich derselben anschließen, wenn sie bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und für ihre Familie besseres Auskommen haben wollen. Alle städtischen Arbeiter müssen es sich angelegen sein lassen, noch mehr wie bisher für unseren Verband zu agitieren, damit die Reihen geschlossen und unsere Macht und Einwirkung noch größer werden. Nur dann sind wir in der Lage, den vorhandenen Uebelständen wirksam zu begegnen und eine weitere Verbesserung der Verhältnisse zu erzielen. Darum Kollegen, helft den besten Fort für die Besserung unserer Interessen schaffen, eine starke Organisation. „Nur in den Verband! Einigkeit macht stark!“

## Notizen für Gasarbeiter.

Berlin. Die Sektion Englische Gasanstalten hielt am 8. Juli eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Mit lebhaftem Beifall wurde ein Referat des Genossen Stadtverordneten Hermann Schubert: „Die preussische Volksschule“ aufgenommen. Den Bericht für das verflossene Halbjahr gab Kollege Polenske. Die Bewegung war eine ziemlich rege. Es fanden statt in der Periodezeit 1 Sektionsversammlung, 3 Leitungs-sitzungen, 6 Vertrauensmännerversammlungen, 2 Ausschusssitzungen, 71 Betriebsversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, also insgesamt 85 Versammlungen und Sitzungen, außer den allgemeinen Filialversammlungen. An Aufnahmen waren zu verzeichnen: im ersten Quartal 152, im zweiten Quartal 117, insgesamt 269. Trotzdem sich der Mitgliederstand beträchtlich gehoben hat, ist die Fluktuation noch bedeutend, doch gehen dank dem eingeführten Beitrags-sammelsystem die Beiträge regelmäßiger ein. Bedauerlich ist es, daß die Handwerker einzelner Betriebe, wie auch die Brenner, sich nicht so an der Bewegung betätigen, wie es notwendig ist. Die Reviere sind mit wenigen Ausnahmen mangelhaft organisiert. Als bedeutendsten Erfolg der neueren Zeit ist die Durchführung der acht- bzw. neunstündigen Arbeitszeit zu verzeichnen. Der Achtstundentag kommt für circa 1000 Betriebsarbeiter, Malch-nisten, Heizer und die Arbeiter der Ammoniakfabrik in Betracht. Die Arbeitszeitverkürzung beträgt für diese Kategorien circa 1000 Stunden pro Woche. Für die circa 1000 übrigen Arbeiter usw. macht die Arbeitszeitverkürzung 6000 Stunden pro Woche aus. Ferner gelang es, den Anfangslohn der Rohrleger von 4,30 Mk. auf 4,50 Mk. zu erhöhen. In Mariendorf wurde für eine Kategorie der Lohn um 50 Pf. pro Tag verbessert. Nebenbei gelangen noch eine Reihe kleinerer Anträge zur Annahme. Zum Punkt „Allgemeine Anträge für die Arbeiter“

ausschüsse" wurde durch die Vertrauensleute der Antrag auf Neuregelung sämtlicher Löhne, unter Zugrundelegung von Wochenlöhnen, in Vorschlag gebracht. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen und sollen in nächster Zeit stattfindenden Betriebsversammlungen vorgelegt werden. Der Antrag, die Forderung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld von neuem zu erheben, wurde im Hinblick auf die Lohnforderungen abgelehnt. Unter „Verschiedenes" wurde lebhaft kritisiert, daß verschiedene den Arbeiterausschüssen von Herrn Direktor Rudolph gemachte Zugeständnisse nicht eingehalten wurden. Besonders die Wasseraufgießer führten lebhaft Beschwerde, daß die versprochene Lohnstala nicht eingehalten werde. Allgemein ist die Ansicht vorhanden, daß diese Zugeständnisse des Direktors sich auf dem Wege über Herrn Inspektor Mehlhoff verflüchtigen. Das Ausschußmitglied Kollege Blümel wurde beauftragt, in dieser Angelegenheit nochmals vorstellig zu werden. Eingangs der Versammlung ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Kollegen Jürgens, Laternenwärter, und Scherneck (Güschinerstraße) durch Erheben von den Plätzen.

**Nixdorf.** Der Riesenlohlenbrand auf der Nixdorfer Gasanstalt im Dezember 1906 und Januar 1907 hat nach einem solchen erschienenen Berichte des Nixdorfer Magistrats einen Gesamtschaden von 21 215,12 Mk. zur Folge gehabt. Es sind allein für nahezu 10 000 Mk. Moblen vernichtet worden. Die Lösungsarbeiten, zu denen bekanntlich auch Militär herangezogen wurde, haben 11 685 Mk. gekostet. Die Moblenvorräte der Gasanstalt waren bei der Vaterländischen Feuerversicherungsaktiengesellschaft in Elberfeld gegen Feuergefahr versichert, die sich auch bereit erklärt hat, den eigentlichen Brandschaden und den größeren Teil der Lösungs- und Aufräumungskosten zu tragen. Von den lagernden 400 000 Zentnern Gaslohlen sind trotz der wechenlangen Dauer des Brandes fast 300 000 Zentner unbeschädigt geblieben. Das Feuer war im übrigen, nach eingehender Prüfung durch Sachverständige, lediglich auf unvermeidbare Naturereignisse zurückzuführen.

**Leipzig.** Das Stadtverordnetenkollegium beschloß, den Ankauf der der Thüringer Gasgesellschaft gehörigen Gasanstalten in L.-Gohlis, L.-Zellerhausen und L.-Lindenau zum Gesamtbetrage von 10 135 000 Mk.

## Aus den Stadtparlamenten.

**Salzherbadt.** Die Beratung über die Arbeitsordnung der städtischen Arbeiter wurde in der letzten Sitzung zu Ende geführt. Sie umfaßt 33 Paragraphen. Die Kommission hat verschiedene Verschlechterungen vorgeschlagen. Daß diese Anträge nicht angenommen wurden, haben die Arbeiter nur den sozialdemokratischen Vertretern zu verdanken. Stadtv. Pöckert bemerkte, die Arbeiterausschüsse seien ein großer Segen. Er beantragte dann, die Bestimmungen für die Arbeiterausschüsse en bloc anzunehmen. Auf Antrag des Genossen Dr. Ehren wird aber erst die Arbeitsordnung beraten. Der Bürgermeister Dr. Ehrlicher teilt auf Verlangen mit, daß die Arbeiter in fünf Lohnklassen eingeteilt seien, es bestünde kein Stundenlohn mehr, sondern Tagelohn. Der § 25 sieht vor, daß alle volljährigen Arbeiter den Ausschuß wählen, die Kommission schlägt vor, daß nur wahlberechtigt ist, wer das 25. Jahr erreicht hat, damit den Treiberen der jungen Arbeiter entgegengetreten werden könne. (?) Nachdem Gen. Dr. Grohn dagegen gesprochen hatte, wurde die Verschlechterung wieder gestrichen. Der Absatz 7 des § 27 besagt, daß sofort entlassen werden kann, wer eine nach § 153 der Gewerbeordnung strafbare Handlung begeht. Hierzu führt Dr. Grohn aus: Der § 153 ist eine Folge des § 152, von diesem steht aber in der Arbeitsordnung nichts. Daß sehr voraus, daß der Magistrat jetzt anders denkt und den Arbeitern erlaubt, sich zu organisieren. Der zweite Bürgermeister erklärt, daß die Behörden selbstverständlich das Gesetz und infolgedessen auch den § 152 der Gewerbeordnung anerkennen. Als Dr. Grohn sich mit der Antwort zufrieden gab, nahm der erste Bürgermeister Dr. Gehhardt das Wort, er hatte wohl befürchtet, daß aus den Worten des zweiten Bürgermeisters herausgelesen werden könne, daß sich nun die städtischen Arbeiter auch organisieren dürfen. Er führte dann aus, gegen das Gesetz sind wir nicht, aber der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, die Arbeiter zu beschäftigen! Das Gesetz will keinen Arbeitgeber zwingen, solche Leute zu beschäftigen. Es kommt ganz darauf an, wer der stärkste ist. Der Magistrat wird dem nicht zustimmen. Ich hätte nicht geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit sich eine derartige Debatte entspinnen würde. Worauf ihm Gen. Dr. Grohn antwortete, wer so handle, verstoße nicht gegen den Paragraphen, aber gegen den Geist des Gesetzes. Vor der Abstimmung wünscht der Gen. Dr. Grohn vom Magistrat eine Erklärung dahin, daß die Ausschußmitglieder nicht gemahregelt werden. Er betont auch, daß die Ausschüsse unter dem Vorbehalt ihres Einmutes zusammentreten dürfen ohne den Betriebsleiter, der Vorsitzender des Ausschusses ist, da die Arbeiter sich dann eher aussprechen können. Bürgermeister Dr. Ehrlicher bemerkt dazu, die Ausschußmitglieder sollen wegen ihrer Tätigkeit nicht gemahregelt werden, es ist deshalb auch eine vierzehntägige Kündigungsfrist

für die Ausschußmitglieder vorgesehen worden, während die übrigen Arbeiter nur eine Kündigungsfrist von einem Tage haben. An sich ist es nicht verboten, daß der Ausschuß ohne den Betriebsleiter zusammentritt, aber erwünscht ist es nicht; der Betriebsleiter soll die Sache so leiten, daß die Arbeiter Vertrauen zu ihm haben. Dann wurden die Arbeitsordnung und die Bestimmungen für den Ausschuß angenommen.

## Aus unserer Bewegung.

**Brandenburg.** Sozialpolitische Rückständigkeit des Magistrats. In Nr. 26 berichteten wir schon eingehend über die bestehenden Verhältnisse. Wie schon dargelegt, waren unsere Kollegen unermüdlich an der Arbeit, um den Achtundentag für die Feuerhausarbeiter zu erringen. In ihrem Bestreben wurden sie aufs wirksamste von unseren Genossen im Stadtparlament unterstützt. Dem fortwährenden Drängen nachgebend, entschloß sich der Magistrat zu seiner ersten sozialpolitischen Tat. Mitte April gelangte endlich der achtundigste Schichtwechsel zur Einführung. Mit dieser Einführung war aber auch ein Lohnanstieg von 32 bis 50 Pf. pro Schicht verbunden. Durch die gewählte Extravergrößerung eines halben Schichtlohnes für zu leistende Sonntagsarbeit wurde diese rigoreuse Maßnahme zwar etwas gemildert, die frühere Lohnhöhe jedoch nicht wieder erreicht. Offenbar glaubte der Magistrat, daß die Arbeiter bei der verkürzten Arbeitszeit auch mit weniger Lohn ihren Unterhalt bestreiten könnten. Brandenburg macht hier eine der unruhigsten Ausnahmen unter den 37 deutschen Städten, die die achtundigste Arbeitschicht eingeführt haben. Nur zu begreiflich erscheint es, daß deshalb unter den Feuerhausarbeitern ein gewisser Unwille Platz griff. In einigen Versammlungen kam dies stark zum Ausdruck. Unter keinen Umständen wollte man diese Lohnreduzierung so stillschweigend hinnehmen. Eine am 30. Juni stattgefundene öffentliche Versammlung nahm daher zu dieser Maßnahme Stellung. In aller Öffentlichkeit sollte einmal das „soziale Wohlwollen" der Stadtverwaltung erörtert werden, um den Einwohnern zu zeigen, welcher Wind auf dem hiesigen Rathaus wehe. Die sozialpolitische Rückständigkeit des Brandenburger Magistrats und welches Interesse haben die Einwohner Brandenburgs an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter" lautete die Tagesordnung. Das Referat hatte Holl. Strunk, Berlin übernommen. Er wies darauf hin, weshalb die Arbeiterschaft Brandenburgs als Bürger und Steuerzahler an den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiter ein ganz bestimmtes Interesse habe. Die kommunalpolitische müsse in Bahnen geleitet werden, die der Stadt zur Ehre gereichen. Davon sei allerdings in Brandenburg sehr wenig zu spüren. Staats- und Gemeindefabriken sollen Musterbetriebe sein. Von diesem Grundsatz müsse sich auch jede Stadtverwaltung leiten lassen, die ihre Aufgaben als Arbeitgeberin erkannt hat. Allem Anschein nach glaube der Magistrat an die „gefüllte Kompostkassette". Der Magistrat hat aber auf diesem Gebiete noch sehr vieles zu leisten. Die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, die Gewährung eines Sommerurlaubs, Anbelohn, Witwen- und Waisenversicherung bestehen für die städtischen Arbeiter noch nicht. Allerdings habe sich der Magistrat durch unsere fortwährenden Anregungen veranlaßt gesehen, für die Arbeiter im Feuerhaus die achtundigste Arbeitschicht einzuführen. Gerade hierbei zeige sich aber, wie weit noch eine sozialpolitische Rückständigkeit zu verzeichnen sei. Habe man doch den Arbeitern einen Teil dessen, was man ihnen gegeben, auf der anderen Seite wieder genommen. Die Einführung des Achtundentages zeitigte somit für die Arbeiter zugleich eine Lohnreduzierung. Gegen derartige sozialpolitische Rückständigkeit müsse die gesamte Arbeiterschaft Brandenburgs energisch Protest erheben. — In der Diskussion wies Stadtv. Genosse Siedow darauf hin, daß die Arbeitervertreter schon seit Jahren für eine allgemeine Vervielfältigung der städtischen Arbeiter eingetreten sind, leider ist aber den Anträgen kein Gehör geschenkt worden. Alle gegebenen Anregungen scheiterten an der sozialpolitischen Rückständigkeit des Magistrats. Auch der Achtundentag sei dem Vorgehen unserer Stadtverordneten mit zu danken, da sie deswegen dem Magistrat fortwährend in den Ehren gelegen haben. Unter keinen Umständen dürfe aber die Stadtverwaltung sozialpolitische Einrichtungen für städtische Arbeiter auf Kosten der Beteiligten schaffen, wie es hier bei Einführung des Achtundentages zu verzeichnen sei. Die Genossen Hoffmann und Brachwitz ergänzten den Vordrucker in einigen Dingen. Nachdem noch mehrere Redner sich über das rückständige Verhalten der hiesigen Stadtverwaltung ausgesprochen hatten, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die Versammlung ist nach Anhörung der Referate und der weiteren Diskussionen der Meinung, daß die Stadtgemeinde in der Fürsorge für ihre städtischen Arbeiter größere Fortschritte machen muß. Sie erachtet die Einführung eines Anbelohnes für alte und invalide Arbeiter, einer Renteversorgung für die Hinterbliebenen verstorbenen Arbeiter, eines Sommerurlaubs, sowie die Zahlung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld als dringend geboten. Die Versammelten appellieren an das soziale Empfinden des Magistrats und erkennen die Einführung im





Ein Delegiertentag der deutschen Telegraphenarbeiter tagte am 29. und 30. Juni in Hamburg. Auf demselben sollten die schon seit längerer Zeit in den verschiedenen Oberpostdirektionsbezirken bestehenden Einzelvereine zu einem allgemeinen Verbande zusammengeführt werden. Dieses Bestreben gelang auf dem Hamburger Delegiertentage nur teilweise, indem in wichtigen Fragen leider keine Übereinstimmung erzielt werden konnte. Die westdeutschen Vereine vertraten die Auffassung, daß ein allgemeiner Verband am besten gegen destruktive Tendenzen geschützt sei und deswegen am erfolgreichsten wirken könne im Anschluß an eine der bestehenden Gewerkschaftsrichtungen und daß hier für nur die christlichen Gewerkschaften in Frage kommen könnten. Bei einem allein stehenden Verband bestünde die Gefahr, daß die Sozialdemokratie, wie seinerzeit bei dem Deutschen Gärtnerverein, dem Süddeutschen Eisenbahnerverband usw. sich der Bewegung bemächtigte und dann innere Konflikte sowie ein steter Kampf mit den vorgelegten Stellen unausbleiblich seien. Diese Richtung wurde in ihrer Meinung bestätigt, als Vertreter norddeutscher Vereine am Vorgesprächsabend von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ redeten und bei Beginn der Verhandlungen beantragt wurde, dem amwesenden Vertreter der christlichen Gewerkschaften einen solchen der sozialdemokratischen Richtung entgegenzustellen. Als bei späteren wichtigeren Abstimmungen die radikalere Richtung, die sich zudem auf einzelne Vereine verteilte, stets eine knappe Mehrheit erzielte, trat die gemäßigte Gruppe zu einer Sonderkonferenz zusammen und beschloß die Gründung eines Verbandes. Der Verband, der in dem grundsätzlichen Teil seiner Satzungen vorsieht, daß er trenn zu Mäßer und Reich steht und nur treue Pflichterfüllung ein Recht gibt, Verbesserungen seiner Lage zu fordern, will in Verfolgung seiner Bestrebungen stets seine volle Selbstständigkeit wahren, jedoch ein Kartellverhältnis mit den christlichen Gewerkschaften erstreben. — Soweit der Bericht aus der Tagespresse. Wir können hieran nur das Ersuchen an unsere Mitglieder und speziell auch an die Filial- und Gauleitungen knüpfen, die Bewegung dieser Art Staatsarbeiter nicht ohne Beachtung zu lassen, sondern mit ihr in Fühlung zu treten.

Die Berliner Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1906. Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission, der kürzlich erschienen ist, gibt ein anschauliches Bild von der Tätigkeit der Berliner Gewerkschaften. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Berlins betrug am 31. Dezember 1906 252.069 gegen 224.277 im Jahre 1905. Das ist rund gerechnet eine Zunahme von 28.000 Personen. Damit ist die erste Viertelmillion Mitglieder der Berliner Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände überschritten. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt rund gerechnet 20.000. Eine auffällige Erscheinung bildet die enorme Fluktuation. Im Jahre 1906 wurden von allen Organisationen aufgenommen 121.397 Personen, davon 106.048 männliche und 14.733 weibliche. Davon sind bei den weiblichen 7445 Mitglieder, also mehr als die Hälfte, wieder ausgetreten. Drei Gewerkschaften haben über 20.000 Mitglieder. An erster Stelle steht der Metallarbeiterverband mit 61.834 Mitgliedern; ihm folgt der Holzarbeiterverband mit 27.937 und der Transportarbeiterverband mit 22.390 Mitgliedern. Über 10.000 Mitglieder zählen zwei Gewerkschaften, von 5000 bis 10.000 sieben, darunter auch die Gemeinde- und Staatsarbeiter, von 1000 bis 5000 zwanzig, von 500 bis 1000 achtzehn, von 100 bis 500 neunzehn und unter 100 Mitglieder zwei Gewerkschaften. An Angriffstreikern waren 31 Gewerkschaften mit 22.866 organisierten und 1115 unorganisierten, also insgesamt 24.281 Personen beteiligt. Abwehrstreiks bezw. Aussperrungen hatten 34 Gewerkschaften mit 30.001 organisierten und 890 unorganisierten, also 30.581 Beteiligten zu bestehen. Insgesamt waren die Berliner Gewerkschaften in 43 Verufen mit 53.150 Mitgliedern an 469 Kämpfen beteiligt. Von diesen wurden 267, gleich 54,60 Proz., mit einem vollen, 79, gleich 16,15 Prozent, mit einem teilweisen Erfolg für die Arbeiter beendet. Nur 111, gleich 22,70 Proz., sind für die Arbeiter ohne Erfolg verlaufen. Insgesamt verursachten die Kämpfe den Gewerkschaften 1.471.171,08 Mark, fast 1½ Millionen Mark Kosten. Der Verlust an Arbeitsverdienst für die Beteiligten beträgt 2.483.304,80 Mk. Die Gesamteinnahme aller Gewerkschaften hat im Berichtsjahre 9.545.857,62 Mark betragen, d. i. rund gerechnet gegen das Vorjahr 3 Millionen Mark mehr; die Gesamtausgabe hat 7.545.103,95 Mk. — gegen das Vorjahr 1½ Millionen Mark mehr — betragen. An Kassenbestand hatten am 31. Dezember 1906 die gesamten Berliner Gewerkschaften 2.065.865,49 Mk.

Arbeiter als Richter. Die Vorsitzenden der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung haben alljährlich Bericht an das Reichsversicherungsamt zu erstatten, und hierbei äußern sie sich in der Regel auch über die Erfahrungen, die sie aus der Tätigkeit der Weisiger gewonnen haben. Aus keinem dieser Jahresberichte der Schiedsgerichtsvorsitzenden ist nun, wie das Reichsversicherungsamt feststellt, zu entnehmen, daß sich die Weisiger als ungenügend erwiesen hätten. Dagegen wird vielfach hervorgehoben, daß sich die

Weisiger, obwohl sie nicht mehr aus besonderen Berufsklassen gewählt werden, bewähren, daß sie namentlich mit Verständnis und Eifer an den Verhandlungen teilnehmen und zur richtigen Beurteilung des Einzelfalles beitragen. Die Vorsitzenden haben auch im übrigen ein aus der jetzigen Zusammensetzung der Schiedsgerichte hergeleitetes Mißtrauen nicht wahrgenommen. Bei der bekannten Abneigung gegen die Heranziehung der Arbeiter als Schöffen und Geschworene, wie sie sich besonders in Sachsen zeigt und wiederum in der jüngsten Auswahl der Geschworenen in Leipzig zum Ausdruck kommt, verdienen die Ausführungen des Reichsversicherungsamts um so größere Beachtung.

Der sozialdemokratische Parteitag ist auf den 15. September nach Müttenscheid bei Essen einberufen. Außer der schon bekannten Vericherstattung des Parteivorstandes, der Fraktion, der Kontrolleure usw., stehen auch auf der Tagesordnung die Wahlfeier, die Alkoholfrage und ein Bericht Webels über die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage. Alle Anträge für den Parteitag müssen bis spätestens den 19. August an die Adresse des Parteivorstandes: W. Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, eingekandt werden.

Stand der christlichen Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1906. Es stellte sich die Jahresdurchschnittszahl der dem Gesamtverbande angeschlossenen Gewerkschaften wie folgt: Bergarbeiter 73.542, Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter 36.439, Textilarbeiter 34.581, Metallarbeiter 24.711, bayerische Eisenbahner 22.155, Hilfs- und Transportarbeiter 13.023, Holzarbeiter 10.222, Aemalarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6437, Feinarbeiterinnen 3600, Schuh- und Lederarbeiter 3250, Schneider 3124, Maler und Anstreicher 2577, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2711, Graphisches Gewerbe 1050, bayerische Salinenarbeiter 823, Krankenpfleger 642, Wäcker 472, Gärtner 670. Das sind insgesamt 247.116 Mitglieder gegen 188.106 im Jahre 1905 oder eine Zunahme von 59.010 Mitgliedern. Die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Berufsverbände, die nur sehr bedingt als christlich und als Gewerkschaften angesprochen werden können, hatten angeblich 73.132 Mitglieder, sie sind um 8791 zurückgegangen. Die freien Gewerkschaften haben für 1906, wie schon früher mitgeteilt, 1.800.000 Mitglieder aufzuweisen und hatten 1905 eine Zunahme von 367.000 Mitgliedern; die Zunahme eines einzigen Jahres übersteigt also um sehr vieles den ganzen heutigen Gesamtbestand der Christlichen. Das sagt genug!

Die badiischen Salinenarbeiter sind in eine Bewegung eingetreten. Sie haben an die Großherzogliche Domänen-direktion in Karlsruhe eine Eingabe gerichtet, in der sie um Regelung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse nachsuchen.

Streik städtischer Arbeiter. In Lemberg (Oesterreich) sind die Straßensehner, Pflasterer und die anderen städtischen Arbeiter, die eine Lohnerhöhung forderten, in den Ausstand getreten.

### Totenliste des Verbandes.

Josef Cremel, München,

† 26. Juni 1907 im Alter von 57 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

## Filiale Groß-Berlin!

Mittwoch, den 24. Juli, abends pünktlich 8½ Uhr:

## General-Versammlung

im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen.
2. Verwaltungs- u. Kassenbericht für das II. Vierteljahr.
3. Ergänzwahlen: a) 2 Weisiger zum Verbandsvorstand  
b) 1 Weisiger zur Ortsverwaltung.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Ortsverwaltung.